



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Plehn, Hans: Die politische Lage in England

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Unter die Andeutung von Vorgang, Begebenheit, Rede, die der Oberflächen- ausdruck des dichterischen Gestichts sind, ist zu diesem selbst, dem Gebild eines eigenen, wesenhaften, dem Dichter ursprünglich offenbarten und in seiner ursprünglichen Wesenhaftigkeit einzig erregenden Lebens hinabgetaucht, dieses selbst in den ganzen Dichtungskomplex Bild für Bild und Wort für Wort wieder hinaufgeleitet und er so von innen her zu seiner ursprünglich umfänglichen, unmittelbar ergreifenden dichterischen Ganzheit und Leibhaftigkeit wiederhergestellt. Nicht das Bild, das Wort, das Drama ist wieder neu und eindrucksvoll: der Dichter ist zum ersten Male deutschem Wesen gegenwärtig und die Sprache nichts weiter als das unerläßliche, ihm untrennbar zugeborene Organ, mit dem er sich vergegenwärtigt. In dieser ungeheuren Erweiterung nehme man das Ereignis dieser Shakespeare-Übersetzung. In bedingungs- und grenzenloser Hingabe, mit der heute schon wieder einige fähig und gewohnt wurden, das ursprünglich Dichterische zu umfassen, nahe man dem Genius, der heute und heute zum ersten Male mit der überwältigenden Unmittelbarkeit eines Dichters aus unserm Blute unter uns tritt.



## Die politische Lage in England

Von Dr. Hans Plehn-London



Die Verfassungskonferenz ist gescheitert. Das Parlament ist wieder zusammengetreten, aber nur, um in kürzester Zeit von neuem aufgelöst zu werden. Es sind fünf Monate her, daß die Regierung und die Führer der Opposition übereinkamen, die brennende Verfassungsfrage an eine Kommission zu verweisen. Die Trauer um König Eduard hatte den allgemeinen Wunsch geweckt, eine friedliche Lösung des Konflikts zu finden; der neue König selbst legte großen Wert darauf, daß die ersten Anfänge seiner Regierung von einem neuen heftigen Wahlkampf und einer schweren Verfassungskrise verschont blieben. Liberale wie Konservative gingen auf die Anregung des Königs um so bereitwilliger ein, als sie von den ununterbrochenen parlamentarischen Kämpfen des letzten Jahres, den unmittelbar darauffolgenden Wahlen und der gegenwärtigen Session so erschöpft waren, daß ihnen jeder stichhaltige Grund für einen Aufschub der Wahlen willkommen sein mußte. Man konstituierte also eine Konferenz, die aus je vier Führern der Regierung und der Opposition bestand; die sollten versuchen, einen Kompromiß herzustellen, der für beide Parteien annehmbar wäre. Es war ein neues verfassungspolitisches Experiment, das damit gemacht

wurde. Allerdings lag ein Präzedenzfall vor. Als im Jahre 1884 das Oberhaus die Gladstonesche Wahlrechtsreform abgelehnt hatte, traten auf Anregung der Königin Viktoria die Führer der beiden Parteien zu privaten Besprechungen zusammen, und in der Tat wurde ein Ausgleich erzielt. Aber jetzt handelte es sich um eine weit umfassendere und schwierigere Frage. Die Beratungen der Konferenz zogen sich über eine so lange Zeit hin, daß eine Unklarheit der innerpolitischen Lage entstand, für die es seit langem kein Beispiel gegeben hat. Man ist in England daran gewöhnt, daß das politische Leben sich zu einem sehr großen Teil in der Öffentlichkeit abspielt. Statt dessen waren die Tagungen der Konferenz geheim, und die Parteien hatten sich mit Rücksicht auf sie einer Art von Gottesfrieden unterwerfen müssen, der ihre Agitation lähmte. Die bedeutendste Streitfrage war von der öffentlichen Diskussion nahezu ausgeschaltet. Während sonst die Herbstferien zu einer ausgiebigen Agitation benutzt werden, erschienen jetzt die Führer kaum noch auf der Rednertribüne, oder sprachen mindestens nicht über das eine Problem, das die ganze Situation beherrschte. Die kampfluftigen Geister in beiden Parteien begannen unter dem erzwungenen Waffenstillstand ungeberdig zu werden. Um die Verwirrung der öffentlichen Meinung vollständig zu machen, wurde eine Fülle von Gerüchten von neuen verfassungspolitischen Ideen und Projekten in das Publikum geworfen, die die hergebrachten Parteigrenzen beständig überschritten, ohne daß die Führer in billigendem oder absprechendem Sinne dazu Stellung nehmen konnten. Immer dringender sehnte man das Ende der Konferenz herbei.

Der Konflikt der beiden Häuser des Parlaments reicht in seinen Anfängen in die Zeit des letzten Gladstoneschen Ministeriums zurück, wo die Lords die Homerulebill und den Gesetzentwurf über die Entstaatlung der anglikanischen Kirche in Wales verwarfen. Die Liberalen waren damals zu schwach, um den Streit durchzusetzen; die Wahlen von 1895 begründeten eine zehnjährige Herrschaft der Konservativen. Aber bald nachdem die Wahlen von 1906 die Liberalen wieder an die Regierung gebracht hatten, brach der Konflikt von neuem aus. Das Oberhaus wies die liberale Schulbill und die Novelle zur Schankgesetzgebung zurück, und als es im vorigen Herbst auch das Budget ablehnte, wurde die Krisis akut. Das Parlament wurde aufgelöst, allein die Neuwahlen waren für beide Parteien eine Enttäuschung; keine gewann die absolute Mehrheit. In dem neuen Hause zählten die Liberalen 275, die Unionisten 273 Mitglieder. Die Liberalen waren auf eine Koalition mit der Arbeiterpartei und den Freen angewiesen. Diese Koalition gab der Regierung allerdings eine Unterhausmehrheit von über hundert Stimmen, aber es war doch eben nur eine Koalition, und die Verbündeten stellten ihre Bedingungen. Vor allem erhielt die Regierung die Unterstützung der irischen Nationalisten nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Für die Liberalen selbst waren die Wahlen ein Kampf um die Suprematie des Unterhauses gewesen. Ihr Ziel war, die Rechte des Oberhauses durch ein Gesetz so zu beschränken, daß es auf

Finanzgesetze gar keinen Einfluß und gegen andre Bills nur ein suspensives Veto haben sollte. In dem Kampf gegen das Oberhaus hatten die Liberalen sowohl die Iren wie die Arbeiterpartei auf ihrer Seite. Die Arbeiterpartei möchte das Oberhaus am liebsten ganz abschaffen, und die Iren erblickten in der Beschränkung seiner Macht den nächsten Weg zur Erreichung von Homerule. Aber es war für die Regierung so gut wie ausgeschlossen, ihren Plan in dem gegenwärtigen Parlament zu verwirklichen. Das Unterhaus allein kann die Verfassung nicht ändern, auch das Oberhaus muß seine Zustimmung geben. Dazu wäre ein Peersschub notwendig, und zwar handelt es sich um die Ernennung von nahezu fünfhundert neuen Peers. Die Ernennung von Peers ist ein Recht der Krone, und wenn man auch annehmen darf, daß die Krone einem klar und unzweideutigen Willen der Nation, wie er sich bei den Wahlen kundtut, Folge geben würde, so konnte doch der Ausfall der Januarwahlen kaum als eine solche unzweideutige Willenskundgebung der Nation gelten. Eine Regierung, die nur eine Zweistimmenmehrheit über die Opposition besitzt, wird sich nicht leicht dazu entschließen, der Krone die Ernennung von fünfhundert neuen Peers vorzuschlagen. Um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen, waren nochmalige Wahlen notwendig.

Gerade von diesem Umstande drohte dem Bestande der Koalition Gefahr. Die Regierung mußte, ehe sie das Parlament von neuem auflöste, dem alten Budget von 1909, das das Oberhaus abgelehnt hatte, Gesetzeskraft verschaffen. Jenes Budget war aber in Irland wegen der hohen Wiskysteuern von Anfang an höchst unpopulär gewesen. Die nationalistische Partei wollte daher nicht eher für das Budget stimmen, als bis die Regierung ihr Garantien gegeben hätte, daß sie nach den nächsten Wahlen nicht nur den Willen, sondern auch die Macht besitzen würde, die Rechte des Oberhauses wirksam zu beschneiden. Derartige Garantien konnte die Regierung nicht geben. Aber ohne sichere Aussicht, binnen kurzer Zeit die wichtigste Vorbedingung für Homerule zu erreichen, wollte der Führer der Nationalisten, Mr. Redmond, alles vermeiden, was seiner Partei in Irland schaden könnte. Er mußte auf die budgetfeindliche Stimmung daheim um so größere Rücksicht nehmen, als eben in den letzten Wahlen Mr. William O'Brien eine zweite nationalistische Partei geschaffen hatte, die zunächst zwar nur elf Abgeordnete zählte, die aber fast ebenso viel Stimmen aufgebracht hatte wie ihre Gegner. Die Stellung der alten parlamentarischen Partei war ohnehin schwierig genug. Irland ist in einer tiefgreifenden Umwandlung begriffen. Durch die Ablösung der Grundherrschaften und die Begründung eines Bauernstandes zu Eigentumsrechten erhält das Land eine völlig neue wirtschaftliche und soziale Struktur. Eine jungirische Literatur und eine gälische Sprachbewegung sind entstanden; politisch-wirtschaftliche und kulturelle Organisationen wie „Sinn-Fein“ und die Gälische Liga haben neue nationale Ideale aufgestellt. Auf allen Gebieten sind neue Lebenskräfte entsprossen. Politisch sind diese jungen Bewegungen und Organisationen vorläufig

noch inkommensurable Größen; es ist nicht abzusehen, welche Bedeutung sie künftig in der Politik und bei den Wahlen gewinnen werden. Nur das ist sicher, daß ein Teil der jungen Generation schon jetzt der alten parlamentarischen Partei, um nicht mehr zu sagen, kritisch gegenübersteht. Je weniger nun die politische Bedeutung dieses neuen nationalen Lebens zu übersehen ist, desto vorsichtiger muß die Partei handeln. Denn für sie steht ihr ganzer Bestand, und für viele ihrer Mitglieder, die von den Diäten aus der Parteikasse leben, steht ihre politische, vielleicht ihre wirtschaftliche Zukunft auf dem Spiel. Dazu kommt, daß Mr. Redmond im Grunde doch nur der Titularhäuptling der parlamentarischen Partei ist. Er ist kein „starker Mann“, kein Autokrat, wie Barnell es war; er muß stets nach Dublin hinhorchen, wo die eigentlichen Drahtzieher der Partei sitzen. Unter diesen Umständen konnte man von Mr. Redmond keinen mutigen Entschluß erwarten, mit den Liberalen gemeinsame Sache zu machen. Nur Schritt vor Schritt, unter ständigen Verkläufelungen, gab er ihnen die Unterstützung seiner Partei. Schließlich ließen die Iren das vorjährige Budget durchgehen, dem nun auch von dem Oberhause keine Schwierigkeiten mehr in den Weg gestellt wurden; aber sie besaßen ein neues Pfand in dem diesjährigen Budget. Dessen Erledigung ist deshalb in die Herbstsession hinausgeschoben worden, so daß die Iren noch immer in der Lage waren, die liberale Regierung zu stürzen, sobald ihre Haltung in der Verfassungsfrage ihren Erwartungen nicht entsprach.

Die Regierung hatte aber nicht nur auf ihre Verbündeten, sondern auch auf einen Teil ihrer Anhänger Rücksicht zu nehmen. Die liberale Partei — und ebenso die liberale Regierung — besteht aus einem gemäßigten und einem radikalen Flügel. Zwischen beiden bestehen Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze, die unbequem und sogar kritisch werden können; wurde doch die Flottenpanik vom März 1909 eigens von der Regierung in Szene gesetzt, um den Widerstand der Radikalen gegen die Etatserhöhung und das vergrößerte Schiffsbauprogramm zu überwinden. In der Verfassungsfrage waren die Radikalen sehr entschieden gegen eine Reform des Oberhauses, und die Regierung sah sich genötigt, sich diesen ihren Wünschen zu fügen. Die Haltung der Radikalen einerseits — die Arbeiterpartei nahm ungefähr denselben Standpunkt ein — und der Iren andererseits ließen der Regierung keine große Bewegungsfreiheit. Wenn sie etwa bereit gewesen wäre, dem Oberhause ein größeres Maß von Zugeständnissen zu machen, so mußte sie damit rechnen, daß ihre Verbündeten sie bei einer entscheidenden Abstimmung im Stiche lassen, und daß die Radikalen von der Partei abspringen und sich vielleicht mit der Arbeiterpartei vereinigen würden.

War so die Lage der Regierung schwierig genug, so hatte sie doch keinen Grund, die Opposition zu beneiden. Die unionistische Partei war seit den Wahlen von 1906 übel daran; sie war auf eine schwache Minderheit reduziert, und unter den vielen neuen Parlamentariern, die 1906 gewählt waren, gab es

verzweifelt wenig politisches Talent. Die „Frontbench“ der Opposition, d. h. die vorderste Bank zur Linken des Sprechers, auf der die Minister von gestern und von übermorgen sitzen, weist nur wenig Männer von politischem Rang auf. Diese Schwäche der konservativen Führung ist in der Presse der eignen Partei oft kritisiert worden. Die Chamberlainsche Politik, die die Zwietracht in das unionistische Lager warf und allmählich zur Ausstoßung der Freihändler führte, hat der Partei mehrere Führer von anerkannter Kapazität geraubt. Seit 1906 ruht allzuviel von der Last des Opponierens auf Mr. Balfour, der mit seiner hervorragenden parlamentarischen Taktik, seiner glänzenden, wenn auch etwas haarspalterischen Dialektik und seiner ungemeinen Versatilität gerettet hat, was zu retten war. Nimmt man wenige seiner Kollegen aus, so ist der Abstand zwischen ihm und den übrigen unionistischen Führern geradezu peinlich. Für junge politische Talente im konservativen Lager war es eine beispiellose Gelegenheit, sich hervorzutun: aber es fehlte an Nachwuchs. Dagegen besitzen die Liberalen eine reiche Auswahl von Führern von staatsmännischer Fähigkeit, rednerischem Talent und — worauf es unter der demokratisierten Verfassung auch ankommt — von politischer Leidenschaft. Ein Vergleich der liberalen Regierung mit der letzten konservativen Verwaltung von 1900 bis 1905 kann nicht zum Vorteil der Letzten ausfallen. Ohne Unterschied der Partei wird zugegeben, daß die rein administrative Tätigkeit der Ministerien sich seit dem Regierungswechsel wesentlich zum Vorteil verändert hat. Daneben können die Liberalen auf eine Reihe ansehnlicher Erfolge zurückblicken. Mr. Salbane hat die Heeresreform, an der mehrere unionistische Minister ruhmlos gescheitert waren, unter dem Beifall der Konservativen durchgeführt. Die Verleihung autonomer Regierungsrechte an den Transvaal und die Oranjeskolonie, die die Konservativen so leidenschaftlich bekämpften, hat sich bewährt, und jetzt ist das Werk durch die Vereinigung Südafrikas gekrönt. Die Schuld des südafrikanischen Krieges ist getilgt. Die Bildung kolonialer Flotten vollzieht sich unter liberalen Auspizien. Gerade die Imperialisten haben den als Klein-Engländern verschrienen Liberalen wenig vorzuwerfen. Die auswärtige Politik Sir Edward Greys hat — wie man auch auf dem Kontinent darüber denken mag — immer die Unterstützung der Opposition gefunden. Die indische Politik Lord Morleys wurde eher von den Radikalen als von der Opposition angefochten. Die innerpolitischen Leistungen der Liberalen sind natürlich stark umstritten; aber die Einführung von Altersrenten, ihre ländliche Ansiedlungspolitik, die Einrichtung von Arbeitsbörsen sind gewiß sozialpolitische Fortschritte. Das vielbekämpfte Budget Mr. Lloyd-Georges hat jedenfalls das Problem gelöst, die Kosten der sozialen Reformen und der vermehrten Rüstungen zugleich zu decken; und man darf billig zweifeln, ob die nächste konservative Regierung die neuen Steuern abschaffen wird. Außerdem hat die Regierung das große Glück gehabt, daß ihr Regiment mit einer aufsteigenden Bewegung im Wirtschaftsleben zusammenfiel; und nichts war geeigneter, die Tarifreformbewegung zu diskreditieren,

zumal da die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre die Chamberlainschen Theorien einmal über das andere offenkundig widerlegte.

Die Konservativen hatten die Wahlen im letzten Januar ganz vorwiegend unter der Parole der Tarifreform ausgefochten. Aber mit so großer Anstrengung und Begeisterung sie auch kämpften, das Ergebnis zeigte, daß die Schutzzöllnerische Propaganda hauptsächlich doch nur in den landwirtschaftlichen, aber nicht in den industriellen Bezirken Zugkraft besaß. Zwar konnten die Konservativen mit den Wahleresultaten in den Midlands zufrieden sein, und auch in den Industriebezirken des Nordens haben sie Fortschritte gemacht; aber diese Fortschritte gehen zu langsam vorwärts, als daß in absehbarer Zeit eine schutzzöllnerische Mehrheit zu erwarten wäre. Allgemein gesprochen, hat sich die Industrie in England, Schottland und Wales in nicht mißzuverstehender Weise gegen eine grundlegende Änderung der Zollpolitik erklärt. Und die Tarifreform gegen den Willen der industriellen Bevölkerung ist, wie Mr. Balfour nach den Wahlen anerkannte, eine Unmöglichkeit. Es war schon vorher aufgefallen, daß die Publikationen der Tarifreformliga keinen rechten Fortgang nahmen, daß sie namentlich die Veröffentlichung ihrer detaillierten Zollsätze für die einzelnen Industrien und Gewerbe nicht fortgesetzt hat. Ihre Gegner zogen daraus den Schluß, für den auch andere Anzeichen sprachen, daß die Tarifreformer untereinander über die Höhe der Zollsätze und über die Warengruppen, deren Einfuhr frei bleiben sollte, nicht einig werden konnten. Außerdem wußte jedermann, daß der Führer der Partei, Mr. Balfour, nichts weniger als ein überzeugter Tarifreformer ist. Seit der Veröffentlichung des Chamberlainschen Programms im Mai 1903 hat er zwischen den Freihändlern und Schutzzöllnern in der konservativen Partei mit großem Geschick hin und her laviert, und seitdem Josef Chamberlain von der politischen Bühne abgetreten ist, ist ihm seine Zauderpolitik gegenüber den schutzzöllnerischen Heißspornen wesentlich erleichtert worden. Zwar konnte er nicht verhindern, daß die Tarifreformer die Freihändler mit ganz geringen Ausnahmen aus dem Parlament verdrängten, aber die politische Führung der Partei hat er sich nicht entreißen lassen. Wie es bis zu der schweren Erkrankung Chamberlains sein Hauptziel war, eine Spaltung der Partei zu verhindern, so ist jetzt sein Augenmerk wesentlich darauf gerichtet, daß die Unionisten nicht aufhörten, regierungsfähig zu bleiben. Regierungsfähig ist aber eine Partei nicht mehr, wenn sie sich auf Programm festgerannt hat, von dem die Wähler mindestens zurzeit nichts wissen wollen. Jedoch es fehlt ihm wie seiner Partei an einem alternativen Programm, mit dem sie an die Massen appellieren könnten. So hat während der letzten Wahlen und auch jetzt wieder die Flottenfrage herhalten müssen. Das ist die einzige Parole des unionistischen Leaders, die ein einstimmiges Echo der Begeisterung in der Partei hervorgerufen hat. Mr. Balfours Lauheit in der Schutzzollfrage hat ihm seitens der extremen Tarifreformer die bittersten Angriffe eingetragen, und wenn diese einen Führer hätten, der Mr. Balfour nur einigermaßen gewachsen wäre, so wäre dessen

Führerschaft gefährdet. Mr. Balfours Stärke liegt durchaus im Parlament. Er ist kein Volksmann, wie Chamberlain es war, der mit seinem Feuer die Massen mit sich fortriß; aber er ist zurzeit der einzig mögliche konservative Führer, und ohne ihn drohte die ganze Partei sich in Atome aufzulösen.

Ein beträchtlicher Teil der Unionisten, die Nichts-als-Tarifreformer sind, war nur zu bereit, alle konservativen und unionistischen Prinzipien über Bord zu werfen. Sie eigneten sich wahllos liberale Grundsätze und Argumente an, deren Popularität sie sich nicht verschließen können. Sie würden die Union mit Irland aufgeben und mit den Nationalisten paktieren, die sie als Schutzzöllner und demgemäß als Gefinnungsgenossen in Anspruch nehmen — obwohl die Iren, wenn sie Schutzzöllner sind, vor allem einen Schutzzoll für Irland und gegen England fordern würden. Der ganze Verfassungskstreit war ihnen ein Dorn im Auge, da er einen Aufschub des Kampfes um die Tarifreform bedingte, und da sie wohl erkannten, daß im Volk doch nur recht wenig Stimmung für die Lords vorhanden war. Bei den letzten Wahlen fiel das bezeichnende Wort: „Mit den Peers auf unserm Rücken werden wir niemals den Kampf um den Schutzzoll gewinnen.“

Allein die Verfassungsfrage beherrscht die politische Lage jetzt vollständig. Die Konferenz hat den gordischen Knoten der Oberhausfrage nicht lösen können, und so muß er denn zerhauen werden. Der Kampf der Parteien tritt wieder in sein Recht. Was letzten Endes einen friedlichen Ausgleich unmöglich gemacht hat, ist nicht authentisch bekannt, denn das Geheimnis der Beratungen soll gewahrt bleiben. Man weiß daher auch nicht, welche Gründe die konservativen Führer bestimmt haben, trotz der prekären Lage ihrer Partei eine Verständigung abzulehnen. Aber der Eindruck herrscht vor, daß ihre Politik eine ununterbrochene Kette von politischen Fehlern gewesen ist. Vor drei Jahren war die Popularität der Regierung notorisch im Sinken. Hätte die Opposition ihre Zeit abgewartet, hätte sie das Budget, wenn auch unter Protest, das Oberhaus passieren lassen, so hätte sich in absehbarer Zeit das Schicksal der liberalen Regierung erfüllt, und die Konservativen durften erwarten, daß sich nach dem „Gesetz des Pendelschwungs“ die öffentliche Meinung bei den nächsten Wahlen wieder ihnen zuwenden würde. Aber sie wollten die Früchte pflücken, ehe sie reif waren. Die Ablehnung des Budgets war unter allen Umständen ein bedenklicher Schritt, und den Kampf um die Tarifreform verloren sie. Heute ist die Schutzzollparole aussichtsloser als vor einem Jahre, und die berühmten Wertzuwachssteuern des Budgets regen die Wähler um so weniger auf, als das Oberhaus das Budget nachträglich genehmigt hat. In der Betofrage haben die Konservativen kein eigenes verfassungspolitisches Programm, das sie dem der Regierung gegenüberstellen könnten. Die Oberhausfrage hat lange genug zur Diskussion gestanden, aber die Opposition hat versäumt, sich für eine bestimmte Politik zu entscheiden und die Wähler damit vertraut zu machen. Ein großer Teil der unionistischen Presse hat sich, sobald das Scheitern der Konferenz

bekannt wurde, mit Leidenschaft auf die irische Frage geworfen. Aber da dieselben Blätter unmittelbar vorher, in der Erwartung, daß die Konferenz sich auch über die Homerulefrage einigen werde, bereit waren, die Forderungen der Nationalisten zu erfüllen, wenn man nur der Sache einen anderen Namen gäbe, so dürfte diese plötzliche Schwentung keinen großen Eindruck auf ihr Publikum machen. Gestern sagten sie, Mr. Redmond könne ebensogut Premierminister von Irland werden, wie General Botha Premierminister von Südafrika, und heute erklären sie ihn für den Erbfeind, der mit amerikanischen Hilfgeldern das Reich vernichten will!

Die Wahlen stehen unmittelbar bevor, und sie werden, falls die Konservativen unterliegen, über die Verfassungsfrage entscheiden. Damit ist die Möglichkeit einer wesentlich engeren Koalition zwischen den Liberalen und den Nationalisten gegeben; und wenn die drei verbündeten Parteien in derselben Stärke zurückkehren, so wird die Krone schwerlich ihre Zustimmung zu dem großen Peerßchub versagen — und vielleicht wird schon die Zustimmung allein die entsprechende Wirkung auf das Oberhaus haben, ohne daß man zur Ausführung schreiten müßte.



## Elektrische Überlandzentralen

Von Regierungs- und Gewerberat Lesser-Köskin



In den letzten Jahren hat eine lebhafte Bewegung für die Errichtung von elektrischen Überlandzentralen eingesetzt. Neuerdings stemmt sich ihr nicht nur in der Presse, sondern auch in den Parlamenten eine ebenso starke Gegenagitation entgegen. Die Bewegung für die Überlandzentralen geht von den Elektrizitätsfirmen aus, die Beschäftigung suchen. Elektrische Beleuchtung ist eingeführt, wo es irgend möglich war; das Gas gewinnt zurzeit sogar einen Teil des verlorenen Bodens zurück; die Elektrifizierung der Straßenbahnen ist vollendet, und die der Hauptbahnen will keine rechten Fortschritte machen. Das wird in erster Linie an der Schwerfälligkeit des vorhandenen Apparates liegen. Unsere Eisenbahnen bilden ungeheure, einheitlich organisierte Verwaltungsbezirke, und es wird nicht nur technische, sondern auch Verwaltungsschwierigkeiten machen, wenn man einzelne Linien absondern und mit einem neuen, von dem der anderen Linien abweichenden Betriebsmittel versehen will. Es wird auch nicht möglich sein, die einzelnen Linien nacheinander je nach den örtlichen Verhältnissen und den vorhandenen Mitteln umzubauen, sondern es handelt sich darum, mit weit-